fängt man — wenigstens in den höhern Schulen — auch schon an, das socialbildende Moment im Betriebe der Spiele und sonstigen Leibesübungen aufmerksam zu beachten. Die Erziehung zu socialen Tugenden erfolgt ja schon durch das Spiel selbst; aber auch das gehört hierher, wenn sich zur Pflege der Spiele innerhalb einer Schülerschaft Vereinigungen bilden, denen erlaubt wird, ihre Angelegenheiten selbstständig zu verwalten. Ferner, wenn zwischen einzelnen Schülern Wettspiele stattfinden, wie sie an den englischen Schulen ganz gewöhnlich sind. Erfreulich ist auch, daß auf den einzelnen Universitäten sich ein schöner Wetteifer in dieser Richtung regt, wenn wir in diesem Puncte auch noch weit zurück sind gegen England, wo gerade die studentischen Kreise an der Spitze der ganzen Bewegung stehen.

Ein Gebiet der Leibesübungen ist dagegen noch nicht genügend angebaut: es sind das diejenigen, die zur Ergänzung des theoretischen Unterrichts dienen sollten. Es leuchtet ein, wie leicht auch der theoretische Unterricht so eingerichtet werden kann, daß er zu körperlicher Bethätigung auffordert, und ganz allgemein wird man wohl sagen dürfen, daß ein Unterricht sich um so erziehender gestalten wird, je mehr er diesen Grundsatz beachtet. Wir leben ja doch nicht als Geister auf dieser Welt, sondern als übersinnlich-sinnliche Doppelwesen, deren beide Seiten gleichmäßig berücksichtigt sein wollen. Und es geschieht nur zum Nutzen unserer Ausbildung, wenn beim Unterricht darnach verfahren wird. So läßt sich z. B. Geographie, vaterländische Geschichte und Naturwissenschaft weit eindruckvoller lehren, wenn mit diesen Lehrgegenständen ein System von näheren und weiteren Wanderungen planvoll in Verbindung gesetzt wird. Und der Unterricht in der Naturwissenschaft läßt sich noch weiter sehr fruchtbar gestalten, wenn er in seinen Betrieb auch eine Reihe elementarer Arbeitsübungen aus dem Gebiete der Werkstatt, wie des Gartens aufnimmt. Dadurch kann er das Verständniß der menschlichen Arbeit, soweit sie sich auf Naturdinge bezieht, ganz außerordentlich vertiefen. Es wird ohne Zweifel auch noch die Zeit kommen, wo keine Schule ohne solche Uebungen wird sein dürfen. Mag auch der körperliche Gewinn bei ihnen nicht so groß sein, wie bei den Spielen und freien Leibesübungen, so ist er doch auch nicht zu unterschätzen; in geistiger Beziehung aber lassen sich diese Uebungen, wenn der theoretische Unterricht sie nur zu verwerthen versteht, ebenso anregend gestalten, wie die Spiele.

Gewiß bleibt also zunächst noch Manches zu wünschen übrig; aber andererseits ist doch nicht zu verkennen, daß wir uns neuerdings, wenn auch vorläufig nur von vereinzelten Puncten aus und lediglich noch auf dem Wege freiwilliger Organisation, dem Ideale mehr nähern, dessen baldige Verwirklichung für das Wohl unserer Jugend aufs Innigste zu wünschen ist: nämlich einer auf volksthümlicher Grundlage aufgebauten naturgemäßen Erziehung, die den Körper nicht über dem Geiste vernachlässigt.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 28. Januar. Bekanntlich liegt dem Reichstag ein Gesetz-Entwurf über die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vor. Nach Artikel 6 dieses Entwurfes sollen im Absatz 1 des §. 42b der Gewerbe-Ordnung die Worte „auf Grund eines Gemeindebeschlusses" gestrichen werden. Der Magistrat hat nun den Reichstag ersucht, von dieser Streichung Abstand zu nehmen, und begründet dieses Ersuchen in einer Denkschrift, die zweifellos für alle größeren Communen von Interesse ist. Der Magistrat weist nämlich darauf hin, daß, während jetzt die höheren Verwaltungsbehörden „auf Grund eines Gemeindebeschlusses" den hausirmäßigen Gewerbebetrieb Einheimischer von einer Erlaubniß abhängig machen können, die ebenso wie die Ertheilung eines Wandergewerbescheins versagt werden kann, nach dem vorliegenden Entwurf die Entscheidung darüber, ob eine solche Beschränkung stattfinden soll, lediglich durch die höhere Verwaltungsbehörde ohne Mitwirkung der Gemeindebehörden getroffen werden soll. Diese Aufhebung der Beschränkung der höheren Verwaltungsbehörde durch die Gemeindebehörden scheint dem Magistrat weder durch die Wirkungen der jetzigen gesetzlichen Bestimmung, noch durch die thatsächlichen Verhältnisse begründet. Die Motive führen an, daß bisher von der Befugniß zum Erlasse der entsprechenden Anordnung nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden sei, und schließen daraus, daß dies wesentlich auf Mängel der gesetzlichen Bestimmung zurückzuführen sei. Der Magistrat kann dies nicht zugeben, er ist vielmehr der Meinung, daß die örtlichen Verhältnisse sehr verschiedenartige seien und daß an einem Platze sehr wohl Veranlassung vorliegen könne, den hausirmäßigen Gewerbebetrieb Einheimischer zu beschränken, während dieser Betrieb in andern Orten als sehr nützlich und nothwendig sich erweise. Gerade hier sei es erforderlich, nicht schablonenhaft, sondern genau unter Berücksichtigung der örtlichen Bedürfnisse und Verhältnisse zu verfahren. Neben verkehrspolizeilichen und gesundheitspolizeilichen Rücksichten sei die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Gebrauchsgegenständen der verschiedensten Art, seien die Erwerbsverhältnisse zahlreicher, durch den Handel im Umherziehen ihren Lebensunterhalt fristender kleiner Existenzen ins Auge zu fassen; daß hierzu vornehmlich die Gemeindebehörden und nicht die höheren Verwaltungsbehörden geeignet seien, bedürfe keiner Ausführung, zumal da die letzteren in der Regel nicht in der Gemeinde, um deren Interessen es sich handelt, ihren Sitz haben und daher auch weniger zur Beurtheilung der localen Verhältnisse befähigt seien, als die Gemeindebehörden. Nur bei Uebereinstimmung beider Behörden werde in der vorliegenden Frage unter Berücksichtigung der polizeilichen und localen Anforderungen entschieden werden können. Daß die jetzige gesetzliche Bestimmung Mißstände gezeitigt habe, sei dem Magistrat nicht bekannt geworden, auch nicht durch die Motive der Vorlage bewiesen. Der Magistrat bestreitet endlich, daß die höheren Verwaltungsbehörden in der Lage seien, die örtlichen Verhältnisse besser und objectiver zu beurtheilen, als die Gemeindebehörden. — So dürften wohl die Magistrate der meisten Communen denken.

‡ **Berlin**, 28. Januar. Nachdem der Bundesrath in seiner letzten Sitzung den auf Grund des §. 105d der Gewerbeordnung zu erlassenden Ausnahmevorschriften für die Sonntagsruhe in Industrie und Handwerk, sowie der kaiserl. Verordnung über die Inkraftsetzung der auf die letzteren Erwerbszweige bezüglichen Sonntagsruhevorschriften zugestimmt hat, wird die Veröffentlichung beider Bundesrathsbeschlüsse in allernächster Zeit erfolgen. Damit wird ein Werk zum Abschluß gebracht werden, das langwierige Arbeiten verursachte. Die Novelle zur Gewerbeordnung, welche die Sonntagsruhevorschriften enthält, datirt vom 1. Juni 1891. Der Haupttheil ihrer Bestimmungen trat mit dem 1. April 1892 in Kraft. Die Inkraftsetzung der Sonntagsruhebestimmungen war besonderen kaiserlichen Verordnungen vorbehalten. Eine solche erfolgte zunächst für das Handelsgewerbe. Für dieses griff die Sonntagsruhe mit dem 1. Juli 1892 Platz. Die Erfahrungen jedoch, welche man mit diesem verhältnißmäßig schnellen Inkraftsetzen gemacht hatte, ließen es zweckmäßig erscheinen, vor der Ausdehnung der Sonntagsruhe auf Industrie und Handwerk eingehende Erhebungen bei den einzelnen Gewerbezweigen anzustellen, damit nicht etwa unbedingt nothwendige Arbeiten, die ihrer Natur nach nicht unter die gesetzliche Ausnahme des §. 105c fallen, an Sonn- und Festtagen verhindert würden. Es wurden deshalb, nachdem im Reichsamte des Innern die Vorarbeiten fertiggestellt waren, mit Vertretern der einzelnen Gewerbegruppen aus dem Kreise der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer in Berlin Conferenzen abgehalten, in denen die Vorarbeiten den gründlichsten Besprechungen unterzogen wurden. Auf Grund dieser Besprechungen wurden die Ausnahmevorschriften für die meisten Gewerbegruppen festgestellt. Für einzelne konnten sich die Arbeiten auf schriftlichem Wege erledigen lassen. Jedoch ist kein Gewerbezweig, der an der Frage Interesse hat, ungehört gelassen. Nachdem dann noch die Einzelregierungen zu Gutachten über bestimmte Fragen veranlaßt worden waren, gingen die Ausnahmevorschriften für die einzelnen Gruppen nach einander dem Bundesrathe zu. Dieser ist nunmehr zu einem endgiltigen Beschlusse gekommen. Die deutsche Industrie hofft, daß, nachdem die Vorarbeiten zur Inkraftsetzung der auf sie bezüglichen Sonntagsruhevorschriften so gründlich ausgefallen sind, tiefergehende Betriebsstörungen aus den letzteren für sie nicht erwachsen werden.

* **Berlin**, 28. Januar. Wie die „Post" mittheilte, hat Frhr. v. Stumm den Professor Adolf Wagner auffordern lassen, entweder die in seiner Erklärung vom 24. Januar enthaltenen beleidigenden Aeußerungen zurückzunehmen oder die unter Ehrenmännern übliche Genugthuung zu gewähren. Professor Wagner habe die Forderung abgelehnt; Freiherr v. Stumm überlasse daher das Urtheil über die Person und das Verhalten Wagner's allen anständig Denkenden. Prof. Ad. Wagner sendet mit Bezug hierauf der „Post" nachstehende Erklärung:

„Die Mittheilung der „Post" über Freiherrn von Stumm und mich in der gestrigen Abendnummer nöthigt mich zu folgender Erklärung, deren Aufnahme in die nächste Nummer Ihres Blattes ich hiermit auf Grund des Preßgesetzes verlange. Es ist vollständig unwahr, daß ich „unter nichtigen Vorwänden" es abgelehnt hätte, meine persönlichen Aeußerungen gegen Freiherrn von Stumm zurückzunehmen oder die andererseits verlangte Genugthuung zu gewähren. Ich habe jene Aeußerungen, insbesondere den einzigen Ausdruck, der injurios hätte gedeutet werden können („leichtfertige Verleumdung") zurückzunehmen mich schriftlich bereit erklärt, unter der Bedingung, daß Freiherr von Stumm seinerseits schriftlich meinem Beauftragten erkläre, er habe sich in Bezug auf die thatsächlichen Unterlagen seiner Angriffe gegen uns Berliner national-ökonomische Professoren im Reichstage geirrt. Als diese Bedingung von dem Beauftragten des Herrn v. Stumm nicht zugestanden wurde, beauftragte mein Beauftragter, unter ausdrücklicher Hervorhebung, daß die Forderung damit nicht abgelehnt sein, sondern die Sache in der Schwebe gehalten werden sollte, die ganze Angelegenheit einem Ehrengericht zu unterstellen, dessen Entscheidung beide Parteien sich bedingungslos zu fügen hätten. Dies lehnte der Beauftragte des Freiherrn v. Stumm ab.

Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. Adolph Wagner."

Der Verlauf des Streites ist folgender:

Wie erinnerlich, hatte Freiherr von Stumm in der Rede, welche er bei der ersten Berathung der „Umsturzvorlage" gehalten, scharfe Angriffe gegen die Katheder-Socialisten gerichtet und unter Anderem diesen zum Vorwurf gemacht, daß sie ihre Gegner „boycottirten". In einer Versammlung, die am 18. d. M. von der christlich-socialen Partei einberufen worden war, wies Professor Wagner diese Ausführungen des Freiherrn von Stumm als unwahr zurück. Im weiteren Verlaufe der Polemik, die für Herrn von Stumm durch die „Post", von Seiten des Professors Wagner durch das „Volk" geführt ward, wurden die Namen der Professoren v. Kaufmann in Berlin und Julius Wolf in Zürich von ersterer Seite gegen Professor Wagner angeführt. Professor Wagner sandte der „Post" eine Erklärung zu, die diese aufzunehmen verweigerte. Diese Erklärung ist im „Volk" veröffentlicht worden. Professor Wagner behauptet darin, daß er den Professor Julius Wolf in Zürich wegen seiner trefflichen Specialarbeiten als Fachgenossen hochschätze und Herrn v. Kaufmann zur Beförderung zum Extraordinarius an der hiesigen Universität empfohlen habe. Insofern widerhole er, daß die Auslassungen des Freiherrn von Stumm im Reichstag bezüglich des „Boycottirens" „leichtfertige Behauptungen und grobe Unwahrheiten" seien. Ferner hatte Freiherr von Stumm in jener Rede vom 9. Januar die s. Z. mitgetheilte Auflösung des socialwissenschaftlichen Studentenvereins an der Universität Berlin erörtert, von einem „vollständigen Universitätssocialismus in Berlin" gesprochen und gesagt: „Die Sache ist soweit gegangen, daß man die socialdemokratischen Studenten mit den übrigen Studenten in eine Art gemeinschaftlicher Verbindung bringen wollte und daß der Scandal so groß wurde, daß der Rector gegen jene Professoren einschreiten mußte." Diese Aeußerung des Herrn v. Stumm hatte Professor Wagner in seiner Erwiderung als „Verdrehung der Thatsachen", „Unkenntniß der Vorgänge", „leichtfertige Verleumdung" bezeichnet; zum Schluß war dann noch dem Freiherrn v. Stumm zum Vorwurf gemacht, daß er frivol von der unverantwortlichen Stelle der Reichstagstribüne ihm antipathische Personen angreife.

Das ist im Wesentlichen der Verlauf der Dinge.

Y. **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Nach der gestrigen Frühstückstafel im Schlosse machte das **Kaiserpaar** eine gemeinsame Schlittenfahrt. Ins Schloß zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser bis zur Familien-Abendtafel allein. Letztere fand um 6¾ Uhr statt. Um 8 Uhr begab sich das Kaiserpaar mit seinen fürstlichen Gästen ins Opernhaus. — Heute Vormittag nahm der Kaiser den Vortrag des Chefs des Geheimen Civil-Cabinets entgegen und hörte die Vorträge des Staatssecretairs des Reichs-Marine-Amts, sowie des Chefs des Marine-Cabinets und Admirals à la suite, Freiherrn v. Senden-Bibran. Die Kaiserin Friedrich sah zur heutigen Frühstückstafel in ihrem Palais bei sich den Großherzog von Baden und den Fürsten von Hohenzollern. Der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen, der Prinz und die Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe, sowie der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha haben im Laufe des heutigen Tages Berlin wieder verlassen.

Y. **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) **König Albert von Sachsen** ertheilte heute Vormittag in seinen Appartements im königl. Schlosse mehrere Audienzen, besichtigte hierauf das neue Reichstagsgebäude und begab sich dann gegen 2 Uhr Nachmittags nach dem Officierscasino des 2. Garde-Ulanen-Regiments, dessen Chef der König ist, in Moabit. Hier nahm der König im Kreise der Officiere seines Regiments das Frühstück ein und fuhr von dort gegen 6 Uhr Abends direct nach dem Anhalter Bahnhofe, von wo die Rückreise nach Dresden um 6 Uhr 35 Minuten erfolgte. (Theilweise wiederholt.)

Y. **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Der **König von Württemberg** ist heute früh 8 Uhr 20 Min. von hier wieder nach Stuttgart abgereist.

Y. **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Der **Herzog Alfred von Coburg-Gotha** besuchte heute Vormittag das neue Reichstagsgebäude. Der Präsident v. Levetzow und der Director des Bureaus übernahmen die Führung. Der Herzog besichtigte sehr eingehend mit großem Interesse das Gebäude und sprach sich sehr befriedigt darüber aus.

B. **Berlin**, 28. Januar. (Privattelegramm.) Die „Nationalztg." berichtet: Als der **Kaiser** am Freitag Nachmittag in einem Schlitten aus Halensee zurückkehrte, bewegten sich am Kurfürstendamme zwei angetrunkene Männer, deren einer einen Blumentopf hielt. Dieser Mann konnte sich nicht aufrecht halten, obgleich sein Begleiter ihn zu stützen versuchte. Gerade, als der Kaiser vorüberfuhr, war der Mann mit dem Blumentopfe umgesunken; der zweite bemühte sich vergebens, ihn aufzurichten. Dies hatte der Kaiser gesehen; als er gleich darauf einen Schutzmann bemerkte, rief er ihm zu: „Lassen Sie den Leuten Hilfe angedeihen, damit sie unbeschädigt fortkommen!"

≈ **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Dem „Reichsanzeiger" zufolge ist dem Gesandten **v. Kiderlen-Wächter** der Rothe Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub und der königl. Krone verliehen worden.

B. **Berlin**, 28. Januar. (Privattelegramm.) Infolge des Erlasses des Kaisers an die städtischen Behörden wegen **Ausschmückung der Siegesallee mit Marmorstandbildern** wird der Magistrat, wie die „Voss. Ztg." meldet, eine Dankadresse an den Kaiser richten und die Stadtverordnetenversammlung ersuchen, sich der Maßnahme anzuschließen.

B. **Berlin**, 28. Januar. Zu dem (schon mitgetheilten. Red.) kaiserlichen **Erlaß über die militairische Dienstzeit der Volksschullehrer** bemerkt die „Nat.-Ztg.": Dieser Erlaß bezweckt offenbar, daß eine neue Classe von Einjährigen geschaffen wird, daß die Volksschullehrer während ihrer Dienstzeit vom Staate unterhalten, andererseits aber nicht Reserve-Officiere werden sollen. Man kann diese Regelung im Hinblick darauf, daß doch nur sehr wenige Volksschullehrer in der Lage sein würden, den materiellen Anforderungen an den jetzigen einjährig-freiwilligen Dienst zu entsprechen, sachgemäß finden und gleichwohl bedauern, daß der Kriegsminister nicht die Präjudicirung des Reichstags verhindert hat, welche in der Entscheidung der Frage nach der Commissions-, aber vor der Plenarberathung enthalten ist.

≈ **Berlin**, 28. Januar. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Mit Herrn **v. Giers** ist einer der hervorragendsten Staatsmänner dahingegangen. Es ist als ein glückliches Geschick anzusehen, daß den edlen, auf das Wohlwohl bedachten Herrschern Alexander III. und Nicolaus ein Staatsmann von allzeit besonnener und maßvoller Klugheit zur Verfügung stand. Auch Deutschland beklagt den Tod des Ministers, der um die Sache des Friedens sich wohl verdient gemacht habe.

* **Gotha**, 28. Januar. Wie die „Köln. Ztg." mittheilt, ist der Name des Herzogs Alfred von der Liste der englischen Geheimräthe gestrichen worden.

* **Mannheim**, 27. Januar. (S. Z.) In einer socialistischen, äußerst stürmisch verlaufenen Versammlung erklärte heute Dr. Rüdt seinen Wiedereintritt in die socialdemokratische Partei und die Annahme der ihm angetragenen Reichstagscandidatur für den Wahlkreis Heidelberg-Mosbach.

* **Karlsruhe**, 27. Januar. Staatsminister Nokk sagte in seiner Rede bei dem Kaiseressen: „Wer ehren in dem Kaiser den warmherzigen, willensstarken Herrscher, der bei allen Hemmungen unserer Entwickelung sich des Dichterwortes getrösten dürfe: Leicht ziehen die Schatten dem Kühnen vorbei. Er, der mit Leidenschaft das Beste wolle, dürfe von sich sagen: Aspera me juvant.

* **Stuttgart**, 28. Januar. (Telegramm.) Die Nachricht des „Standard" von einer Verlobung der Herzogin Olga von Württemberg, Tochter der Herzogin Vera, mit dem Erbprinzen Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha wird von dem hiesigen „Neuen Tagblatt" für unbegründet erklärt.

* **München**, 27. Januar. Das Comité zur Errichtung eines Denkmals für den Fürsten Bismarck hielt gestern Abend im Rathhause eine Sitzung ab. In den letzten Wochen waren in einigen Preßorganen mehrfache, zum Theil sehr gehässige Angriffe gegen den Plan des Comités erfolgt; man scheute sich nicht, die Pietät der Dankbarkeit gegen den ersten deutschen Staatsmann von einem vermeintlich bayerischen Standpunct aus ins Gegentheil zu verkehren und dem Begründer der Einigung des großen Gesammtvaterlandes Schädigung und Verletzung der Rechte und Interessen Bayerns zuzuschreiben. Man ging so weit, die Bevölkerung zu entschiedener Stellungnahme gegen das Denkmalsproject aufzufordern, und wollte in demselben eine feindliche Spitze gegen König Ludwig II. finden. Diesem gewissenlosen Treiben gegenüber erinnert die „Allg. Ztg." an die Thatsache, daß König Ludwig die großen vaterländischen Verdienste Bismarck's, insbesondere auch um Bayern, in den unzweideutigsten Worten selbst anerkannt und seiner persönlichen Freundschaft für den großen Baumeister des Reichs ein bleibendes Denkmal gesetzt hat.*) Die Berathung des Comités führte denn auch, vorbehaltlich der behördlichen Genehmigung, zur Gründung eines „Bismarck-Vereins", der unter dem Protectorate des Prinz-Regenten die Errichtung und Erhaltung eines Denkmals zum dauernden Gedächtniß an die Gründung des deutschen Reichs, die Vereinigung von Nord und Süd und an die unsterblichen Verdienste des Fürsten Bismarck um diese That bezweckt und zu diesem Zweck die nöthigen Geldmittel sammeln will. Den Verein bilden Mitglieder, welche entweder Jahresbeiträge von 20 ℳ oder einen einmaligen Beitrag von 1000 ℳ zahlen. Bereits haben 18 Verehrer des Altreichskanzlers letztere Summe gezeichnet.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 28. Januar. (Telegramm.) Die Prinzessin Gisela von Bayern ist heute früh nach München zurückgereist. Der Kaiser gab der Prinzessin das Geleite bis zum Bahnhof.

* **Wien**, 28. Januar. (Telegramm.) Bei dem deutschen Botschafter Grafen zu Eulenburg fand gestern Nachmittag zur Feier des Geburtstages des Kaisers Wilhelm ein Ehrenmahl zu 40 Gedecken statt, bei welchem der Herzog Wilhelm von Württemberg, die Gesandten Bayerns und Sachsens, die Mitglieder der deutschen Botschaft und des deutschen Consulats, zahlreiche Damen, Vertreter des Vereins „Niederwald", der deutschen Officiersvereinigung und mehrere deutsche Officiere anwesend waren. Der deutsche Botschafter brachte in schwungvollen Worten einen begeistert aufgenommenen Toast auf den deutschen Kaiser aus.

* **Wien**, 28. Januar. (Telegramm.) Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers fand gestern ein Hofdiner statt, bei welchem Kaiser Franz Josef den Toast auf Kaiser Wilhelm ausbrachte. An dem Diner nahmen Theil: Der deutsche Botschafter Graf zu Eulenburg, die Mitglieder der Botschaft, die Gesandten der deutschen Bundesstaaten, die gemeinsamen Minister Graf Kalnoky, Kallay und v. Krieghammer, Admiral Sterneck, die Ministerpräsidenten Fürst Windischgrätz und v. Banffy, Minister Graf Welsersheimb, Generalstabschef Beck, Generale und Hofchargen theilnahmen.

* **Triest**, 27. Januar. An Bord des Schulschiffes „Stein" fand heute aus Anlaß des Geburtstages des deutschen Kaisers ein Festgottesdienst statt. Demselben wohnten bei: der Statthalter Ritter von Rinaldini mit Gemahlin, der deutsche Generalconsul Pritsch mit Gemahlin, der Bürgermeister von Triest Dr. Pitteri, der Militärdistrictscommandant, der Seebezirkscommandant Graf Cassini, sowie die Spitzen der Civil- und Militairbehörden. Nach dem Gottesdienste versammelten sich die Theilnehmer zu einem Frühstück bei dem Schiffscommandanten Capitain zur See v. Wintersheim. Derselbe brachte das Hoch auf den Kaiser und die Kaiserin von Oesterreich aus, worauf die Musikkapelle die österreichische Hymne spielte. Hierauf erhob sich der Statthalter Ritter von Rinaldini und gedachte zunächst in warmen Worten der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Auguste Victoria in Abazia und gab sodann den ehrfurchtsvollsten Wünschen für deren Glück in begeisterten Hochrufen Ausdruck, die von der Versammlung unter den Klängen der deutschen Nationalhymne jubelnd erwidert wurden. Während des Frühstücks traf ein Telegramm des Admirals Sterneck ein, welches der Freude über die Anwesenheit des Schiffes Ausdruck gab und zu dem Geburtsfeste des Kaisers Glückwünsche übermittelte. Die Mittheilung dieses Telegramms begleitete Capitain zur See v. Wintersheim mit folgenden Worten: „Hoffentlich werden wir noch langen Frieden genießen, wenn wir aber gerufen werden, werden wir Schulter an Schulter mit der österreichischen Marine kämpfen. Auf diese Marine und deren Commandanten bringe er ein Hoch!" — Zu gleicher Zeit fand ein Frühstück in der Officiersmesse statt, wo-selbst sich zahlreiche Gäste eingefunden hatten; hier brachte Capitainlieutenant Schönfelder den Toast auf Se. Majestät den deutschen Kaiser und Kaiser Franz Josef aus. Am Nachmittag wurde dem Schiffe vom Lande aus zahlreicher Besuch abgestattet.

* **Pest**, 28. Januar. (Telegramm.) Der Finanzminister reichte einen Gesetzentwurf ein, durch welchen das Budget-Provisorium bis Ende April d. J. verlängert wird.

* **Syrgedin**, 28. Januar. (Telegramm.) Die Polizei beschlagnahmte gelegentlich von Haussuchungen, welche bei socialistischen Agitatoren vorgenommen wurden, aufreizende Flugschriften und verhaftete drei aus Alseeld zugereiste Agitatoren. Vor dem Rathhause verlangten etwa 50 Arbeiter die Freilassung der Verhafteten. Da die Arbeiter eine drohende Haltung annahmen, schritt die Polizei ein und verhaftete drei Rädelsführer, worauf die Menge sich ruhig zerstreute.

*) König Ludwig II. hat am 22. März 1871 an den Grafen Bismarck aus München folgendes Schreiben gerichtet: „Mein lieber Graf! In Würdigung Ihrer hervorragenden Verdienste, welche Sie für das Zustandekommen der deutschen Bundesverträge sich erworben, habe ich Ihnen zu meinem Hausorden vom heiligen Hubertus, welchen Sie bereits besitzen, den beifolgenden Stern in Brillanten verliehen. Ihrer Mitwirkung zunächst ist es zu danken, daß bei jenen Vereinbarungen die berechtigten Interessen Bayerns Berücksichtigung fanden, und so mögen Sie, mein lieber Graf, in jener Verleihung nicht einen conventionellen Akt, sondern den Ausdruck meiner freundschaftlichen Gesinnung erblicken, auf welche Sie vollen Anspruch haben. Die Ordensdevise ist auch mein Wahlspruch: „In Treue fest" wird Bayern ein aufrichtiger Bundesgenosse Preußens, ein harmonisches Glied des Reiches sein. Indem ich wiederholt meinem ganz besonderen Wohlwollen Ausdruck verleihe, das ich jederzeit für Sie hege, sende ich Ihnen, mein lieber Graf, meine besten Grüße und bleibe ich stets Ihr aufrichtiger Freund Ludwig."

Frankreich.

* **Paris**, 28. Januar. (Telegramm.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, enthält die Botschaft Faure's einen Appell zur Beruhigung der Parteikämpfe und den aufrichtigen Wunsch nach demokratischen Reformen. Sie betont ferner die ausgezeichneten Beziehungen zu den europäischen Staaten und den festen Willen Frankreichs, den Frieden zu erhalten und zu kräftigen. (Wiederholt.)

* **Paris**, 28. Januar. (Telegramm.) Der Präsident Felix Faure wird heute Nachmittag den König von Serbien empfangen. — Der Ministerpräsident Ribot theilte in dem heutigen Ministerrathe mit, daß Admiral Besnard das Marineministerium übernommen habe. General Hervé, dem das Portefeuille des Kriegsministeriums angeboten wurde, hat noch keine Antwort hinsichtlich der Annahme ertheilt. Der Ministerrath setzte den Text der Amnestievorlage fest, welcher heute in der Kammer vorgelegt werden soll; die Regierung wird die Dringlichkeit für die sofortige Berathung der Vorlage verlangen. — Wenn an das Cabinet heute keine Interpellation gerichtet wird, so wird es gelegentlich der Berathung der Amnestie-Vorlage Aufklärung über seine allgemeine Politik geben.

* **Paris**, 28. Januar. (Privattelegramm.) Wie verlautet, hat General Jamont das Kriegsportefeuille unter dem Hinweis auf seine Unbekanntschaft mit dem Parlament, sowie auf den Umstand hin abgelehnt, daß er im Kriegsfalle als Nachfolger von Gallifet der Ostarmee zu commandiren habe. — Wie die „Estafette" meldet, arbeitet Casimir-Perier an einer Sensationsbroschüre, betitelt: „Sechs Monate Präsidentschaft".

* **Paris**, 28. Januar. (Telegramm.) Ein „Vidi" gezeichneter Artikel des „Figaro" erzählt eingehend die unlauteren Vorgänge zur Zeit der Gründung der Südbahn, da Baron Reinach, ähnlich wie für Panama, Parlamentarier für die Südbahn-Gründung gewonnen habe und wie einflußreiche Politiker, wie Rech, Jovis, Guyot, Monviar die Sache unterstützten. Der Artikel citirt eine Quittung Delonclé's über 8000 Frcs. Syndicatsgewinn. Am Schlusse erklärt der Artikel, es sei nicht zu hoffen, daß Ribot hier eine Reinigung vornehmen würde. Habe doch jüngst ein einflußreicher Administrator das Comptoir d'Escompte, auf die Frage des Richters, weshalb das Comptoir 30 000 Frcs. an Portalis gezahlt habe, geantwortet, das sei auf den Rath des damaligen Ministers des Aeußeren Ribot geschehen.

* **Paris**, 28. Januar. (Telegramm.) Marschall Canrobert ist erkrankt; sein Zustand ist sehr bedenklich. (Frkf. Ztg.)

Großbritannien.

* Die „Kölnische Volkszeitung" meldet aus Rom, 25. Januar: Außer dem Cardinal Vaughan werden die Bischöfe von Southwark, Salford und Nottingham hier erwartet, angeblich wegen Verhandlungen über Mittel zur Erleichterung des Uebertritts von Angehörigen der anglikanischen Kirche. (Telegramm.)

Rußland.

* **Petersburg**, 28. Januar. (Telegramm.) Aus dem ganzen Reiche treffen Deputationen ein, um dem Kaiser und der Kaiserin zur Vermählung zu gratuliren. Die Deputationen werden von den betreffenden Ressortministern vorgestellt und bringen dem Kaiser und der Kaiserin Heiligenbilder, sowie Salz und Brod auf kostbaren Schüsseln dar.

* **Petersburg**, 28. Januar. (Telegramm.) Wie der „Großfürstin" hört, soll Herr von Giers am Donnerstag im Sergiuskloster bei Petersburg beerdigt werden. — Die „Petersburger Zeitung" hebt in einem Nekrologe über den Minister v. Giers hervor: v. Giers hat unzweifelhaft große Verdienste darum, daß Rußland eine so erfolgreiche Politik der freien Hand und des Zuwartens verfolgte, wodurch unser Vaterland seine gegenwärtige beneidenswerthe, viel umworbene Machtstellung errungen hat. Das Blatt führt weiter aus: Die Annäherung an Frankreich, wie sie in Kronstadt und Toulon sich kundgab, schien allerdings den Traditionen und der Vergangenheit v. Giers' zu widersprechen, aber gewiß hat Niemand mehr als v. Giers dafür gewirkt, daß diese Annäherung nur zur mächtigen Kräftigung des Weltfriedens gedient hat, indem die Freundschaft mit dem besonnenen, aufrichtigen, friedfertigen Rußland die unruhige Politik Frankreichs in gemäßigte Bahnen zwang. v. Giers war — darin sind Alle einig — ein wirklicher Friedensfreund und überzeugter Gegner des Krieges.

* **Petersburg**, 28. Januar. (Telegramm.) Der deutsche Botschafter General v. Werder wohnte wegen des Ablebens des Ministers v. Giers dem Festessen der deutschen Reichsangehörigen in Petersburg zu Ehren des Geburtstages des deutschen Kaisers nicht bei. Auch in Moskau und den anderen Städten Rußlands fanden Festessen der deutschen Reichsangehörigen statt.

Orient.

* **Bukarest**, 28. Januar. (Telegramm.) Die in der Berggesetzfrage frondirenden Parlamentspräsidenten haben angesichts der Erklärung des Ministerpräsidenten Catargi, daß die Regierung das Berggesetz solidarisch aufrecht halte, diesem grundsätzlich beigestimmt. Die Krisengefahr ist vorläufig beseitigt. (Voss. Ztg.)

Amerika.

* **New-York**, 28. Januar. (Telegramm.) Aus Mexiko wird berichtet, die Regierung von Mexiko lehnte den Vorschlag des Staatsdepartements in Washington ab, die Grenzstreitigkeiten mit Guatemala einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Mexiko nahm den Vorschlag freundlich entgegen und dankte für das freundliche Interesse.

Kunst und Wissenschaft.

* **Greifswald**, 28. Januar. (Telegramm.) Der Botaniker Prof. Schmitz ist heute Mittag gestorben.

Aus Curorten.

§ Die Nordseebäder Westerland und Wenningstedt auf Sylt haben im Verhältniß zu anderen Bädern weniger von den furchtbaren Decemberstürmen zu leiden gehabt. Die Direction ist bereits bemüht, durch Verbesserungen und Neuanlagen die Strandeinrichtungen den weitestgehenden Anforderungen entsprechend wieder herzustellen. Auch die Verbindung nach und von Sylt erfährt in diesem Jahre eine erhebliche Verbesserung. Ebenfalls soll das lästige Umsteigen in Tondern nicht mehr stattfinden, da alle Haupt- und Sonderzüge direct nach Hoyerschleuse laufen und auch von dort wieder direct zur Abfertigung gelangen.